NABU: Verfehlte Biokraftstoffpolitik kostet Europäer jährlich zehn Milliarden Euro

NABU: Verfehlte Biokraftstoffpolitik kostet Europäer jährlich zehn Milliarden Euro

Tschimpke: Investitionen in sparsame Motoren sinnvoller
Berlin - Zehn Milliarden Euro gaben die EU-Staaten 2011 für die Förderung von Biokraftstoffen aus, um gerade einmal 4,5 Prozent des EU-weiten Kraftstoffbedarfs zu decken. Dies ist das Ergebnis einer am heutigen Mittwoch in Brüssel vorgestellten Studie des "Institute for Sustainable Development", die im Auftrag mehrerer Umweltverbände, unter anderem des NABU-Dachverbands BirdLife, erstellt wurde. "Mit ihrer verfehlten Biokraftstoffpolitik verursacht die EU für den Steuerzahler Kosten in astronomischer Höhe. Dem Klima, der Umwelt und dem Geldbeutel nutzt sie dabei allerdings wenig", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.
Für die Studie trugen die Autoren sämtliche Fördermittel und Subventionen der EU-Mitgliedstaaten für Biokraftstoffe zusammen. Hierzu gehören Steuererleichterungen, Beimischungsvorgaben sowie Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Die Studie rechnet zudem vor: Sollten die EU-Mitgliedstaaten an der vereinbarten Zielvorgabe von 8,6 Prozent Biokraftstoffen im Jahr 2020 festhalten, werden bis dahin zusätzliche Kosten in Höhe von rund 30 Milliarden Euro anfallen.
Auch aus Sicht des Klimaschutzes fällt Biosprit durch: Zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre zeigen, dass Biokraftstoffe meist ineffizient sind und durch Verdrängung der Lebensmittelerzeugung auf andere Standorte teilweise sogar deutlich schlechtere Treibhausgasbilanzen aufweisen als fossile Kraftstoffe. "Ein Stopp der Ausbauziele für Agrosprit, wie derzeit in Europa diskutiert, ist aus klimapolitischer und volkswirtschaftlicher Sicht mehr als überfällig", so der NABU-Präsident.
Um fossile Kraftstoffe künftig stärker einzusparen und den Ausstoß klimaschädlicher Gase im Verkehrsbereich zu reduzieren, schlagen die Autoren vor, vorrangig auf technologische Innovationen und sparsamere Motoren zu setzen. Dieses Ergebnis deckt sich mit einer aktuellen Studie des Forschungsinstituts Ricardo, nach der die Tankrechnung der Europäer bis 2030 um jährlich 57 Milliarden Euro sinken und die Klimagasemissionen beträchtlich geringer ausfallen würden, wenn Brüssel die Klimagasvorschriften für neue Pkw verschärft.
"Aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht sollten die Milliarden, die in der EU jährlich in Biosprit fließen, besser in die Entwicklung emissionsarmer Fahrzeuge investiert werden. Europaweit könnten allein 40 Millionen Tonnen CO2 eingespart werden, wenn die Emissionswerte von den derzeit für das Jahr 2020 angepeilten 95 Gramm CO2 je Kilometer auf technisch durchaus machbare 80 Gramm reduziert würden. Die Ausgaben würden sich dabei schon durch die eingesparten Erdölimporte amortisieren. Eine Verschärfung der Verbrauchsvorgaben für Pkw kann und sollte das federführende EU-Parlament in der kommenden Woche unbedingt beschließen", so Tschimpke.
Die Studie "Biofuels - At What Cost? A review of costs and benefits of EU biofuels policies kann unter www.NABU.de/imperia/md/content/nabude/landwirtschaft/130417-nabu-biofuels_subsidies_eu_review.pdf heruntergeladen werden.

NABU - Naturschutzbund Deutschland
Charitéstraße 3
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/284 984-1510
Telefax: 030-284 984-2000
Mail: Presse@NABU.de
URL: http://www.nabu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=529539" width="1" height="1">

Pressekontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

10117 Berlin

nabu.de
Presse@NABU.de

Firmenkontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

10117 Berlin

nabu.de
Presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt.Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.